

Information zur Tagung des Landesvorstandes am 09. Dezember 2017

Begrüßung durch die Vorsitzenden

Zur Begrüßung richtete der Landesvorsitzende Torsten Koplín das Wort an die Mitglieder des Landesvorstandes und die anwesenden Gäste. Er betonte, dass große Herausforderungen auf die Partei zukämen, die gemeinsam angenommen werden müssen. Dafür sollen jetzt die Ziele bestimmt werden, die es anzugehen gilt. Indem man Themen bestimmt und Haltung zeigt, soll DIE LINKE ihren Beitrag zur politischen Willensbildung leisten. Bei allen Kontroversen muss die Partei stets dafür kämpfen, dass sie für die Menschen ihr Programm umsetzen kann.

Es soll verstärkt auch darum gehen, neue und junge Mitglieder zu gewinnen, nah bei den Menschen zu sein und immer im Gespräch zu bleiben. Ebenso muss man über die Strukturen des Landesverbandes nachdenken und wie diese weiterentwickelt und vitalisiert werden können. Es muss sorgsam mit finanziellen Ressourcen verfahren werden. Und nicht zuletzt ist die ganze Partei dazu angehalten, an einer verbesserten Kultur des Umgangs miteinander zu arbeiten. Dafür sind Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit von besonderer Bedeutung. Nur so kann der neue Landesvorstand auch das entscheidungsfreudige Gremium sein, das er sein muss.

Dies alles ist mit enormen Anstrengungen verbunden. Die mittelfristigen Ziele für 2018 sollen dabei sein, mindestens eine Bürgermeister*innenwahl und eine Landrät*innenwahl für DIE LINKE zu gewinnen.

Konstituierung des neuen Landesvorstandes

Der Landesvorstand nimmt die Protokolle der letzten Sitzung zur Kenntnis. Er diskutiert im Anschluss den Vorschlag zur neuen Geschäftsordnung, die nun die detaillierte Protokollordnung vom Sommer 2017 als Anlage enthält und beschließt diese einstimmig.

Personalangelegenheiten

In geschlossener Sitzung berät der Landesvorstand zu Finanzangelegenheiten und Personalfragen. Den Beschlussanträgen zur Kreisschatzmeisterin Rostock und zum Kreisgeschäftsführer Ludwigslust-Parchim wird mehrheitlich zugestimmt. Der Landesvorstand beschließt ebenfalls mehrheitlich auf Grundlage der Bundessatzung §32 sowie dem bestehenden "Tarifvertrag für Beschäftigte der Partei DIE LINKE" eine Vergütung zur hauptamtlichen Ausübung der Funktion der Landesvorsitzenden und der Landesschatzmeisterin.

Der Landesvorstand berät im Anschluss über die Berufung des Landesgeschäftsführers. Nach intensiver Debatte entscheidet sich der Vorstand mit Mehrheit dazu, zum 1. Februar 2018 Sandro Smolka aus Rostock zum neuen Landesgeschäftsführer zu berufen.

Finanzen

Der Landesvorstand beschließt die Vorlagen für die Bezuschussung einer Bildungsfahrt des Kreisverbandes Vorpommern-Rügen und den Antrag auf Bezuschussung von Veranstaltungen im "Hotel am Wald" in Elgersburg. Ebenso beschließt der Landesvorstand, dass Kreisverbände, in deren Region Landrät*innenwahlen stattfinden, eine Wahlkampfunterstützung in Höhe von bis zu 5.000,-€ aus Landesmitteln erhalten können, wenn sie mit eigenen Kandidat*innen antreten. Gleiches gilt für Oberbürgermeister*innenwahlen in den drei Oberzentren Rostock, Schwerin und Neubrandenburg.

Die Landesschatzmeisterin stellt den Finanzplan für 2018 vor und beantwortet die Fragen der Vorstandsmitglieder. Der Landesvorstand einigt sich einmütig darauf, den Landesausschuss zu seiner Sitzung am 15. Dezember darum zu bitten, dem Finanzplan zuzustimmen.

Vertreter*innen in Gremien

Auf Vorschlag des geschäftsführenden Landesvorstandes beschließt der Landesvorstand die Genoss*innen Gabriela Göwe und Nico Burmeister als ihre Vertreter*innen in den Landesausschuss zu entsenden. Als Ersatzmitglied wird

Daniel Seiffert bestimmt. Der weitere Ersatzplatz bleibt vorerst vakant und wird bei Gelegenheit nachgewählt.

Als Vertreterin für Mecklenburg-Vorpommern in den Parteivorstand bis zu dessen Neuwahl im Juni 2018 bestimmt der Landesvorstand einmütig Susanne Krone.

Als Datenschutzbeauftragter des Landesvorstandes wird Sebastian Schmidt aus Schwerin bestimmt, der schon im letzten Vorstand diese Aufgabe übernommen hatte.

Weitere Anträge

Der Vorstand berät über drei ihm vorliegende Anträge. Er einigt sich darauf, die Kampagne zur Bekämpfung der Kinderarmut („Kinder- und Jugendarmut wirksam begegnen – chancengleiche Entwicklung für alle“) erneut anzustoßen und die Kreisverbände aufzurufen, in den nächsten acht Wochen verstärkt auf den Straßen und Plätzen für Unterschriften zu werben. Aktuell sind von den nötigen 15.000 Unterschriften nur etwas über 4000 zusammengekommen, deswegen sollen zusätzliche 5000 Unterschriften das Ziel sein, das sich die Partei als Ziel stecken soll. Es ist wichtig, dass sich alle Beteiligten Vereine und Initiativen noch mal voll reinhängen, um einen Erfolg der Initiative zu ermöglichen.

Dem zweiten Antrag der Vorsitzenden, in dem in einem engagierten Team bis zum Juni 2018 ein erster Plan für eine Umsetzung eines linken Internetradios geprüft werden soll, stimmt der Vorstand einstimmig zu. Im März soll der Vorstand dann durch die jetzt damit beauftragte Gruppe über den Stand der Dinge informiert werden, um bis zum Sommer weitere nötige Entscheidungen treffen zu können.

Ein weiterer Antrag behandelte die Vorbereitung für die Kommunalwahlen 2019. Der Landesvorstand stimmt einstimmig dafür, mindestens vier Regionalkonferenzen im Land durchzuführen, auf denen unterschiedliche thematische Aspekte der Kommunalwahl in gemeinsamer Diskussion vorbereitet werden sollen, damit sie dann im Herbst 2018 auf einem

Landesparteitag endgültig als neue kommunalpolitische Leitlinien verabschiedet werden können. Ein Koordinierungsteam unter Beteiligung aller Kreisverbände wird bereits die Vorbereitung dieser Wahlkämpfe aktiv unterstützen.

Sonstiges

Zum Ende der Sitzung berät der Vorstand über die Situation, die sich aktuell in Berlin um die Verleihung eines Preises an den Journalisten Ken Jebsen entfaltet. Der Parteivorstand hatte in einem Beschluss dem linken Kultursenator Klaus Lederer den Rücken gedeckt, der in seiner leitenden Funktion in der Berliner Regierung gegen die Verleihung des Preises im Berliner Babylon Kino gewirkt hatte.

Da das Thema auch im Landesverband M-V bereits Wellen geschlagen hat, einigt sich der Landesvorstand darauf, im Umlaufverfahren eine Stellungnahme zu den Ereignissen in Berlin zu beschließen. Wichtig ist allen Beteiligten im Vorstand, dass behutsam mit dem Thema umgegangen wird.

Die Tagesordnungspunkte Termine für 2018, die Zuständigkeiten im neuen Landesvorstand und der zukünftige Modus der Sitzungen mussten aus Zeitgründen auf den nächsten Sitzungstermin verlegt werden. Der Vorschlag zur Zuständigkeit für die Beschlüsse des Landesparteitages wurde vom Landesvorstand zur Kenntnis genommen. Sie sollen terminlich präzisiert werden. Der Vorstand wird sich auf seiner nächsten Sitzung erneut mit diesem Thema befassen.

Die nächste Tagung des Landesvorstandes wird am 06. Januar in Chemnitz bei Neubrandenburg stattfinden. An ihr sollen auch die Kreisvorsitzenden zur gemeinsamen Beratung teilnehmen.

Alle weiteren Informationen und die Anträge findet ihr auf der Website des Landesverbandes: www.originalsozial.de